



BASELBIETER FREISINN

Sonderausgabe der FDP.Die Liberalen Baselland zu den nationalen Wahlen 2015

Inhalt

Interview: Medienrechtler Martin Wagner gibt Auskunft

Bei den wochenlangen Angriffen gegen die Wirtschaftskammer handelte es sich um eine gezielte Kampagne gegen deren Direktor, Ständeratskandidat Christoph Buser, sagt Martin Wagner.

Seite 3

Freisinniger Wahlkampf ganz nah: «FDP on Tour»



Kandidierende diskutierten vor Ort über die anstehenden Herausforderungen in Bundesbern.

Seiten 4+5

FDP nimmt den Sparauftrag des Regierungsrats ernst

Trotz Gegenwind von Links-Grün arbeitet die bürgerliche Regierung daran, die Kantonsfinanzen ins Lot zu bringen – zu Recht.

Seite 6

Souverän zum Wahlerfolg

Geschätzte Freisinnige Sehr geehrte Damen und Herren

Sie halten in Ihren Händen die zweite Sonderausgabe des Baselbieter Freisinns zu den National- und Ständeratswahlen 2015. Der Wahlkampf neigt sich dem Ende zu, denn bereits in rund zwei Wochen wählt der Souverän ein neues Bundesparlament.

Mir persönlich gefällt das Wort ausserordentlich: Souverän. Der Begriff bezeichnet den Inhaber der Staatsgewalt in einem republikanischen Staat, in der Schweiz das Wahlvolk. Und dieser Souverän ist bei uns eben echt «souverän» im Sinne von «autark», «emanzipiert», «selbstständig» und «selbstverantwortlich». Das passt sehr gut zu uns Freisinnigen. Denn unser Menschenbild beruht auf Selbstverantwortung statt Staatsgläubigkeit, auf Freiheit statt Fesseln.

Nicht in allen politischen Parteien herrscht dieses Menschenbild vor. Die Parteien links der Mitte sähen es lieber, wenn der Staat mehr Einflussmöglichkeiten auf die Bürgerinnen und Bürger

hätte. Sie sähen es lieber, wenn die wirtschaftliche Freiheit unserer Unternehmen eingeschränkt würde, wenn mehr Mittel umverteilt würden. Und weil in Bundesbern in den vergangenen Jahren viele Parlamentarier diese Grundhaltung hatten, ist die Regeldichte grösser, sind die administrativen Hürden höher geworden.

Am 18. Oktober haben wir die Möglichkeit, diesen Kurs zu ändern. Noch selten in den letzten Jahren standen die Chancen so gut, dass sich die pragmatische und lösungsorientierte Politik der FDP auch in zusätzlichen Parlamentssitzen niederschlägt. Insbesondere unsere Baselbieter FDP verfügt über eine überaus starke Nationalratsliste. Dass wir mit dem gemeinsamen bürgerlichen Ständeratskandidaten, unserem FDP-Landrat Christoph Buser, die Chance haben, den Baselbieter Ständeratssitz wieder ins bürgerliche Lager zu holen, erfüllt mich mit Stolz.

Weniger Freude habe ich indes am unanständigen Wahlkampfgetöse, das wirtschaftsfeindliche Kreise veranstalten, indem sie Christoph Buser und seine Ar-



beitgeberin Wirtschaftskammer seit Wochen permanent mit ungeRechtfertigten Anschuldigungen attackieren. Souverän ist anders. Zum Beispiel unser Wahlkampf. Die Kampagne «FDP on Tour» etwa ist ein voller Erfolg. Nun ist es wichtig, dass wir Freisinnigen nicht nur die Wahlveranstaltungen besuchen, sondern am 18. Oktober auch zur Urne gehen. Gemeinsam werden wir einen souveränen Wahlerfolg erzielen. Davon bin ich überzeugt.

**Herzliche Grüsse
Christine Frey, Präsidentin**



Liestal, 24. September 2015

An die Mitglieder von CVP, FDP und SVP Baselland

Geschätzte Parteimitglieder

Der derzeit laufende Ständerats-Wahlkampf nimmt unanständige Züge an. Offenkundig sehen einzelne links-grüne Kräfte ihren Ständeratssitz in Gefahr. Anders sind die orchestrierten Angriffe im Landrat und in den Medien gegen Christoph Buser, den gemeinsamen Ständeratskandidaten der bürgerlichen Baselländer Parteien, nicht zu deuten.

Ohne inhaltlich auf die verschiedenen Vorwürfe einzugehen, gilt es aus Sicht der Parteipräsidien von CVP, FDP und SVP folgende Punkte unmissverständlich festzuhalten:

- Die Unterzeichneten stehen geschlossen hinter dem gemeinsamen Bürgerlichen Ständeratskandidaten Christoph Buser, schätzen seinen politischen Leistungsausweis und unterstützen ihn mit all ihren Kräften.
- Wir alle haben uns auf einen inhaltlichen Wahlkampf eingestellt. Links-grün hat an einem konstruktiven Diskurs offensichtlich kein Interesse. Wir sind überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler das unfaire Vorgehen unserer Konkurrenten nicht goutieren werden.

Das Baselbiet ist ein klar bürgerlich geprägter Kanton. Doch unser einziger Sitz in der kleinen Kammer in Bundesbern wird seit Jahren durch einen Sozialdemokraten besetzt. Das können wir am 18. Oktober 2015 ändern, indem wir dem gemeinsamen Bürgerlichen Ständeratskandidaten Christoph Buser unsere Stimme geben. Er ist ein Politiker, der bewiesen hat, dass er die wirklichen Probleme erkennt, anpackt und mehrheitsfähige Lösungen präsentiert – und dies über die Parteigrenzen hinweg.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung zugunsten des Bürgerlichen Ständeratskandidaten für das Baselbiet: Christoph Buser.

Freundliche Grüsse

Marc Scherrer

Parteipräsident CVP BL

Christine Frey

Parteipräsidentin FDP BL

Oskar Kämpfer

Parteipräsident SVP BL

Interview Martin Wagner

Das sagt der Medienrechtler

Die Wirtschaftskammer Baselland stand in den vergangenen Wochen oft in den Schlagzeilen – kein Zufall in Zeiten des Wahlkampfs, sagt Medienrechtler Martin Wagner.

Freisinn: Herr Wagner, Sie haben in den letzten Tagen einige Medienschaffende scharf kritisiert. Ist die journalistische Qualität derart schlecht, dass es anwaltliche Interventionen braucht?

Martin Wagner: Der US-Journalist Steven Brill hat einmal gesagt, dass, wenn es um Arroganz, Macht und Verantwortungslosigkeit geht, die Journalisten wahrscheinlich die einzigen Menschen auf der Welt sind, die sogar Anwälte gut aussehen lassen. Ganz so ist es natürlich nicht.

meinen, dass niemand eine Story lesen würde unter dem Titel «Es ist alles gar nicht so schlimm». Deshalb werden Berichte oft überdramatisiert.

Geschieht dies in böser Absicht?

Wenn man die betreffenden Journalisten in Bezug auf ihre Aussagen einem Lügendetektor-Test unterziehen würde, würden ihn alle bestehen. Diese Journalisten könnten also nicht der Lüge überführt werden. Sie glauben, was sie berichten. Und darin liegt das grösste Problem.

«Manchmal geraten Berichte völlig ausser Kontrolle und entwickeln eine gefährliche Eigendynamik.»

Worin liegt das Problem?

Medien suchen nach News und berichten darüber. Das wäre die Theorie. Doch die Praxis ist anders. Manchmal geraten Berichte völlig ausser Kontrolle und entwickeln eine gefährliche Eigendynamik. Das zeigt die jüngste Medienkampagne gegen Christoph Buser, wo Falschaussagen täglich weiter kolportiert wurden. Es geht dann gar nicht mehr um News, sondern um dieselbe Story, die immer wieder aufgewärmt wird. Um das Aufwärmen zu kaschieren, wird lediglich der Blickwinkel verändert.

Was heisst das für den Leser?
Journalisten glauben im Allge-

Wie löst man dieses Problem?

Journalisten haben sich an die Wahrheit zu halten ohne Rücksicht auf die sich daraus für sie ergebenden Folgen, und sie müssen sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten lassen, die Wahrheit zu erfahren. Bei falschen Aussagen muss man unverzüglich für eine Berichtigung sorgen. Das haben wir bei den falschen Anschuldigungen gegen Christoph Buser konsequent unter Nutzung aller uns zur Verfügung stehenden Plattformen getan.

Stellen Sie allgemein den Journalisten der Region ein schlechtes Zeugnis aus.

Nein. Gerade bei der Bericht-



Martin Wagner ist Rechtskonsulent der Wirtschaftskammer Baselland.

erstattung über das unhaltbare Spitalgutachten, das von Gegnern der Wirtschaftskammer organisiert wurde, hat sich gezeigt, dass unsere Journalisten ihr Handwerk grundsätzlich verstehen. Alle Medien haben ausnahmslos korrekt berichtet und im Ergebnis festgehalten, dass die Mitgliedschaft des Kantonsspitals und der Psychiatrie bei der Wirtschaftskammer völlig unproblematisch ist.

Welche weiteren rechtlichen Massnahmen planen Sie?

Keine. Ich habe keine Veranlassung dazu und werde wieder von der Bildfläche verschwinden.

Haben Sie noch eine Schlussbemerkung für die regionalen Medien?

Christoph Buser hat in Anbetracht seines Leistungsausweises Neider. Von diesen sollten sich die Medien nicht instrumentalisieren lassen. Oder um es mit Worten des brasilianischen Fussballstars «Pelé» zu sagen: Success is no accident – Erfolg ist kein Unfall.

Nationalrats-Wahlkampf

«FDP on Tour» – Vor Ort politisieren bei Bier und Brezeln

Die FDP-Kandidierenden fürs Bundesparlament absolvierten in den vergangenen Wochen ein intensives Wahlkampfprogramm. Dazu gehörten auch verschiedene Auftritte auf Podien im Rahmen der Kampagne «FDP on Tour». An den Events in Aesch, Allschwil, Pratteln und Sissach kam auch das leibliche Wohl nicht zu kurz.

«In Bundesbern sind mehr freisinnige Positionen gefragt.» So könnte man als Fazit die jüngsten Wahlpodien der FDP zusammenfassen, an denen sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten fürs Bundesparlament präsentierten. Die Events gingen in den vergangenen Wochen an verschiedenen Orten im Baselbiet unter dem Titel «FDP on Tour» über die Bühne.

In den Genuss der Veranstaltungen kam man am 11. September im Alterszentrum am Bachgraben in Allschwil, am 14. September im Jakobshof in Sissach, am 17. September in der alten Dorturnhalle in Pratteln und am 1. Oktober im Gasthof Mühle in Aesch. Dies ganz unter dem Motto: «Wir stellen uns vor – Sie stellen Fragen.»

Nationalratskandidierende diskutieren auf dem Podium

Interviewt von FDP-Landrätin Marianne Hollinger bzw. e. Landrat Siro Imber sprachen die freisinnigen Kandidierenden über ihre politischen Schwerpunkte. Auf den Podien sass die Nationalratskandidaten Sven Inäbni, Christine Frey, Rolf Richterich, Andreas Dürr, Christof Hiltmann, Nationalrats- und Ständeratskandidat Christoph Buser sowie die bisherige Baselbieter FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger.

Auffallend: Bei sämtlichen Podien nahm das Thema der an den Rand ihrer Kapazität gelangenden Verkehrsinfrastruktur in der Nordwestschweiz einen wichtigen Teil ein.

Strasseninfrastruktur gerät zunehmend an den Anschlag

Christoph Buser warnte davor, die derzeitige Strasseninfrastruktur für die nächsten 40 Jahre zu zementieren. In die gleiche Richtung äusserte sich Christof Hiltmann, der sich mit Bezug auf den von ihm und Christoph Buser lancierten 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps für eine Entflechtung der Verkehrsströme aussprach und dafür plädierte, die Strasseninfrastruktur in der Region auf ein Netz um Basel auszurichten.

Beim Thema Sicherheit habe das Baselbiet zwar Fortschritte gemacht, sagte jeweils Andreas Dürr, doch dürften die Anstrengungen der Polizei nicht vermindert werden.

Rolf Richterich kritisierte den «Bürokratiewahn, dem sich unsere KMU gegenübersehen». Er plädierte für eine massive Senkung administrativer Hürden.

Überregulierung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit

Während Rolf Richterich die Regulierungswut aus Sicht eines Gewerbebetriebs bemängelte,

monierte Roche-Mann Sven Inäbni dasselbe aus Sicht eines multinationalen Konzerns. Die Überregulierung schwäche die Wettbewerbsposition der Schweiz. «Singapur und Shanghai sind bei den Zulassungsverfahren deutlich schneller als die Behörden bei uns – und sie sind nicht weniger gründlich», sagte Inäbni verschiedentlich.

Starke FDP-Frauen im Rennen um Nationalratsitz

Über den Wandel in der Politlandschaft sprachen jeweils die beiden FDP-Frauen in der Runde. Nationalrätin Daniela Schneeberger berichtete darüber, dass das Bundesparlament zwar gegen aussen hin bürgerlich aussehe, die

Entscheide auf sachpolitischer Ebene aber sehr oft ein ganz anderes Bild abgeben würden. Und FDP-Parteipräsidentin Christine Frey lobte die bürgerliche Allianz im Baselbiet, welche sich als ausserordentlich erfolgreich erwiesen habe. Das könnte und sollte auch auf Bundesebene möglich sein, so Frey.

Persönliche Gespräche mit Kandidierenden beim Apéro

Nach den Podiumsgesprächen nutzten die zahlreichen Gäste die Zeit bei Bier und Brezeln zum persönlichen Austausch mit den Kandidierenden der Baselbieter FDP. Dabei wurden die zuvor angesprochenen Themen im direkten Gespräch noch vertieft.



In Allschwil diskutieren (v.l.) Moderator Siro Imber, Ständerats- und Nationalratskandidat Christoph Buser und Nationalratskandidat Christof Hiltmann.



Auf dem Podium in Allschwil sitzen (von links) die Nationalratskandidierenden Rolf Richterich, Andreas Dürr, Sven Inäbnit, Christine Frey, Moderator Siro Imber, Ständerats- und Nationalratskandidat Christoph Buser und Nationalratskandidat Christof Hiltmann.



Nationalratskandidat Sven Inäbnit und Parteipräsidentin Christine Frey an der Podiumsdiskussion in Sissach.



Nationalrätin Daniela Schneeberger (rechts) beantwortet in Sissach eine Frage von Moderatorin Marianne Hollinger.



In der alten Dorfturnhalle in Pratteln wurde das Thema «Salina Raurica» besonders intensiv diskutiert.



Nationalratskandidat Andreas Dürr sowie Parteipräsidentin und Nationalratskandidatin Christine Frey im angeregten Gespräch.

Unterstützung für Finanzstrategie der Regierung

Brief an die Mitglieder

Kurz nachdem die Baselbieter Regierung gewählt war, hat diese ein Sparpaket vorgelegt, damit der kantonale Finanzhaushalt wieder ins Lot kommt. Wenig überraschend gibt es reflexartig Widerstand gegen einzelne Massnahmen. Die bürgerlichen Parteien aber haben sich darauf verständigt, die Sparbemühungen zu unterstützen. Zu diesem Zweck erarbeiten sie Faktenblätter zu den wichtigsten Themen. Auf der gegenüberliegenden Seite finden Sie die Zusammenfassung der Faktenblätter ELBA und U-Abo und untenstehend einen Brief der Parteispitzen von FDP, CVP und SVP an ihre Basis. Bei der FDP zeichnen die Regierungsrätinnen Sabine Pegoraro und Monica Gschwind, Fraktionspräsident Rolf Richterich und Parteipräsidentin Christine Frey verantwortlich.



Regierungsrätin Sabine Pegoraro.



Regierungsrätin Monica Gschwind.



Fraktionschef Rolf Richterich.



Parteipräsidentin Christine Frey.

Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen Sehr geehrte Damen und Herren

Seit der Regierungsrat am 8. Juli seine Finanzstrategie vorgestellt hat, wird im ganzen Kanton über verschiedenste Massnahmen diskutiert, geschrieben und auch polemisiert.

Die Spitzen der bürgerlichen Regierungsparteien sind sich einig, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, die Weichen für den Kanton neu zu stellen, um die Baselbieter Finanzen raschmöglichst aus dem strukturellen Defizit herauszuführen und dadurch wieder Handlungsspielraum zu erlangen. Die vorgestellten 132

Massnahmen, die Verfassungs- und Gesetzesänderungen wie auch das praktisch neue Finanzhaushaltsgesetz sind die Grundlage dieser neuen Strategie. Die Massnahmen umfassen konkreten Leistungsabbau, Optimierungen und Synergiegewinne bei der Erbringung öffentlicher Leistungen, zielgerichtete Beiträge, die Aufhebung einzelner Leistungsaufträge, verwaltungsinterne Effizienzsteigerungen sowie die Ausschöpfung von bisher nicht genutztem Ertragspotenzial.

Es war voraussehbar, dass von der politischen Linken reflexartig verschiedene Massnahmen herausgegriffen und sofort als unmöglich, undenkbar und untragbar deklariert werden. Die drei

bürgerlichen Parteispitzen unterstützen die Finanzstrategie im Grundsatz, sind sich aber sehr wohl bewusst, dass wichtige Themen zu gegebenem Zeitpunkt von den Parteien differenziert betrachtet werden wollen.

Es ist uns ein Anliegen, dass Sie faktenbasierte Informationen erhalten. Aus diesem Grund stellen wir Ihnen heute Faktenblätter von denjenigen Themen zu, die momentan am lautesten diskutiert werden. Weitere werden in Kürze folgen. Ziel ist es, dass Sie einerseits Behauptungen von verschiedenen Exponenten einordnen können und andererseits über eine Diskussionsgrundlage verfügen, sobald wir einzelne Massnahmen in den Parteigremien diskutieren.

Die Finanzstrategie unseres Kantons ist richtungsweisend, auch für die nächste Generation. Wollen wir ihnen einen überschuldeten Kanton hinterlassen mit stetig steigenden Steuern? Oder wollen wir heute in den sauren Apfel beissen und uns fragen, was der Staat leisten soll und was uns das kosten darf? Wichtig ist jetzt, dass wir mit kühlem Kopf die richtigen Entscheide treffen und die Diskussionen intern und in den entsprechenden Gremien führen.

Freundliche Grüsse
Sabine Pegoraro
Monica Gschwind
Rolf Richterich
Christine Frey

Faktenblatt

ELBA – Markante Verbesserung der Lebensqualität

Bei der Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil müssen die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden – das Referendum von links ist abzulehnen: Die Fakten.

Im Rahmen der Debatte um die Südumfahrung hat der Landrat 2009 der Regierung den Auftrag erteilt, eine umfassende Verkehrs- und Siedlungsentwicklungsplanung über den Raum Leimental-Birseck-Allschwil (ELBA = «Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil») zu erarbeiten und dem Landrat mindestens zwei Lösungsvarianten zu unterbreiten. 2015 wurden dem Parlament zwei Varianten vorgelegt: «Ausbau» (Erweiterungen des Strassen- und Schienennetzes) und «Umbau» (Optimierungen des bestehenden Verkehrsnetzes mit Schwergewicht auf dem öV). Der Landrat hat im Juni 2015 die Variante «Ausbau» beschlossen und für vertiefende Vorstudien und Planungsarbeiten

einen Kredit von elf Millionen Franken gesprochen. Gegen den Beschluss wurde von linker Seite das Referendum ergriffen.

Was kostet die Umfahrung Allschwil?

Die Umfahrung Allschwil umfasst den Zubringer zur Nordtangente und die beiden Tunnel Allschwil und Binningen. Sie kosten zusammen ca. 680 Millionen Franken und werden in Etappen realisiert. Die Behauptung der Linken, die Umfahrung Allschwil koste 1,8 Milliarden Franken, ist also falsch.

Wie hoch sind die Kosten?

Die Variante «Ausbau» umfasst 37 Projekte, Individualverkehr, öV, Langsamverkehr, welche auch

neue Netzelemente beinhalten. Damit soll die Überlastung des Verkehrsnetzes reduziert oder ganz eliminiert werden. Die Gesamtkosten für alle 37 Projekte (auch jene, die der Bund mitfinanziert oder übernimmt) werden auf ca. 1,8 Milliarden Franken geschätzt. Der Bund übernimmt in der Regel ein Drittel der Kosten.

Sind die Kosten tragbar?

Ja. Finanzwirksam sind aktuell nur die vom Landrat beschlossenen elf Millionen Franken für die weiteren Abklärungen und Vorstudien, sowie die 4,5 Millionen für das Vorprojekt für den Zubringer Allschwil (der Zubringer Allschwil wird nicht mit dem Referendum angefochten). Die Regierung wird für den Bau des

Zubringers Allschwil (ca. 200 Millionen Franken) eine Spezialfinanzierung ins Auge fassen, sofern bis zur Landratsvorlage über das Baukreditbegehren keine Finanzierung aus den ordentlichen Einnahmen absehbar ist.

Über welchen Zeithorizont wird geredet?

Der Zeithorizont für die Umsetzung beträgt 30 Jahre (2045).

Handelt es sich nicht um ein Luxusprojekt?

Nein. Dank den Tunneln wird es eine erhebliche Verbesserung der Verkehrssituation und Entlastung der Anwohner von Lärm und Gestank geben. Das bedeutet auch eine markante Verbesserung der Lebensqualität (siehe H2).

Faktenblatt

U-Abo – mehr Kostenwahrheit beim öV

Linke und grüne Kreise wehren sich gegen einen Abbau von Subventionen – zu Unrecht.

Beim Baselbieter Staatshaushalt besteht dringender Handlungsbedarf. Als eine Sparmassnahme schlägt die Regierung die Abschaffung der U-Abo-Subvention vor. Links-grün wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Massnahme. Die Bürgerlichen befürworten sie.

Um wieviel steigt der Preis des U-Abos?

Wird die Massnahme umgesetzt, verteuert sich das U-Abo für die Bezüger im Kanton Baselland um monatlich 25 Franken pro Person.

Die Kosten sinken für den Kanton brutto um 22,6 Millionen, netto um 15,3 Millionen Franken pro Jahr – wobei netto bedeutet, dass hier berücksichtigt wird, dass ein gewisser Rückgang von erworbenen U-Abos (ca. 3 Millionen Franken) und ein Anstieg der Steuerabzüge infolge höherer U-Abo-Kosten (ca. 4,3 Millionen Franken) erfolgt.

Von welchem Zeithorizont ist die Rede?

Da für die Anpassung ein einstimmiger Beschluss des TNW

notwendig ist und die Anpassung des Tarifs mittels Finanzbeschluss des Landrats auf Basis einer regierungsrätlichen Vorlage erfolgen muss, ist die Umsetzung nicht vor 2017 realistisch.

Bedeutet dies das Ende des Erfolgsmodells U-Abo?

Nein. Das Baselbiet wird im TNW-Verbund bleiben und das U-Abo weiterhin mittragen. Für Härtefälle (z. Bsp. kinderreiche Familien) könnte eine Erleichterung vorgesehen werden, beispielsweise in Form eines Ra-

batts. Dies müsste mit dem TNW ausgehandelt werden.

Ist es vertretbar, dass der öV teurer wird?

Der öV deckt heute nur ca. 50 Prozent seiner Kosten selber, den Rest trägt der Steuerzahler. Das ist nicht verursachergerecht. Drei Möglichkeiten sind darum denkbar: Streichung der Subvention, Erhöhung der Tarife, Leistungsabbau. Die Regierung erachtet die Streichung der Subvention längerfristig als die am wenigsten einschneidende Massnahme.

... und ausserdem – der Spaltenfüller

Von Wespen und Früchten ...

Laut Volksmund sind es nicht die schlechtesten Früchte, an denen angeblich die Wespen nagen und sich verlustieren. Womit also das Sprichwort besagt, was von der konzertierten und häufig unter der Gürtellinie liegenden Politik- und Medien-Dreckschleuder gegen die Wirtschaftskammer und Christoph Buser zu halten ist: Nämlich rein gar nichts!

Der Volksmund weiss ja überdies auch, weshalb solche Kampagnen losgetreten werden. Mit der Erwartung nämlich, dass – wie schon die alten Römer verkündeten – immer etwas hängen bleibt. Und bei solch üblem Spiel sollte man nicht mitmachen!

Vor Tische las man das anders ...

Kürzlich fuhr Mona Vetsch in einer länglichen SRF-Sendung die ewige Baselbieter Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer (SP) im Auto spazieren.

Bei dieser Gelegenheit wurde die Gute eingehend gezeigt, wie sie eigenhändig ein Wahlplakat von sich selber an einem Zaun befestigte. Sie könne das und mache das, lautete ihr selbstbewusster Kommentar.

Mindestens von einem ihrer Genossen und Auch-Nationalratskandidaten haben wir das allerdings anders und besser gehört: «Dafür hat man doch die Gewerkschaften», wurde Claude Janjak schon in einem früheren Wahlkampf unwidersprochen zitiert ...

Les «Il n'y a qu'à...»

So bezeichnen die Franzosen die Besserwisser vom Stammtisch, die – beginnend mit den Worten «Man muss doch nur ...» – für jedes Problem eine einfache Lösung haben. Der Grüne Klaus Kirchmayr ist diesem simplifizierenden Verein nun offensichtlich beigetreten, will er doch die finanziellen Sorgen des Baselbiets ganz einfach mit Steuererhöhun-

gen beseitigen. Dass diese scheinbar so einfache Lösung ihre eigenen bösen Tücken und Nebenwirkungen haben kann, soll der liebe Klaus (falls er es vergessen haben sollte) im Klassiker zur empirischen Steuerpolitik von C. Northcote Parkinson nachlesen.

Das Werk mit dem Titel «The law of diminishing returns» («Das Gesetz der abnehmenden Erträge») zeigt auf, weshalb die meisten Steuererhöhungen ganz und gar nicht zum geplanten und erhofften Erfolg führen ...

Was wir trotzdem nicht vergessen dürfen ...

Was wir vor lauter Aufregung während der hektischen Wahlkampfzeit nicht ganz verdrängen dürfen, ist die nach wie vor schwierige Lage unserer Exportindustrie.

Diese ist es, welche die vollen Auswirkungen der Frankenaufwertung zu tragen hat und deshalb teilweise ums nackte Überleben kämpft. Wenn wir also

weiterhin eine florierende Exportindustrie wollen (von der wir ja zu einem rechten Teil selber leben), sollten wir ihr helfen und ihr nicht ständig neue Beschwerden aufladen.

Der Krug geht bekanntlich nur so lange zum Brunnen, bis er (oder der Brunnen) bricht.

Und auch das dürfen wir nicht vergessen ...

Natürlich sind die gegenseitigen Vorwürfe und Aufrechnungen zwischen Stadt und Land ein gefundenes Fressen für die Medien und auch für alle, die ach so gerne polemisieren.

Wir (und damit auch die Regierungen, Parlamente und alle die anderen, die mit den partnerschaftlichen Fragen zu tun haben), sollten aber ob all dem Rummel nicht vergessen, dass wir eigentlich die Aufgabe hätten, unsere Arbeit zu machen und dabei gute Lösungen zu finden und umzusetzen. Nur das bringt auf Dauer Erfolg!

Landrat

FDP will Steuervereinfachung – ein weiterer Erfolg

Standesinitiative zur Abschaffung von Eigenmietwert und Hypothekarzinsabzug beschlossen.

Seit Jahren kämpft die FDP für ein einfacheres Steuersystem, von dem alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren. Ein grosser Erfolg war die deutliche Annahme der FDP-Volksinitiative im Baselbiet vor vier Jahren.

Ein weiterer Schritt zur Vereinfachung ist das Einreichen einer Standesinitiative in Bundesbern. Der Landrat hat diese an seiner Sitzung vom vergangenen

24. September beschlossen. Konkret wird vorgeschlagen, dass unter anderem die Eigenmietwertbesteuerung wegfallen soll sowie der dazugehörige Schuldzinsenabzug.

Abzug für Unterhaltskosten

Der FDP war wichtig, dass gleichzeitig ein angemessener Liegenschaftsunterhaltskostenabzug weiterhin möglich sein

muss. Nur so kann das hohe und positive Sorgetragen zum Wohneigentum beibehalten werden. Ausserdem macht ein solcher Abzug auch volkswirtschaftlich Sinn.

Gegen den Widerstand von SP und Grünen ist es der FDP gelungen, die Mehrheit des Landrats davon zu überzeugen, eben diesen «angemessenen Liegenschaftsunterhaltskostenabzug» in

der Standesinitiative zu postulieren und in Bern zu deponieren. In der Kommission war die FDP mit diesem Vorschlag noch knapp unterlegen. Unterstützt wurde die FDP im Landrat von der SVP und mehrheitlich von der CVP. Das Ergebnis der Schlussabstimmung im Landrat (58 zu 22 Stimmen) kann als weiterer Erfolg für die FDP gewertet werden.

Michael Herrmann